

ng sei. Er sei «null und nichtig», eb die staatliche Nachrichtenagen- Xinhua noch vor der Veröffentlichung des Schiedsspruches. Kurz nach Bekanntgabe des Verdikts: das Aussenministerium mit, manptiere den Spruch nicht. Das Verteidigungsministerium liess wissen, man e die Souveränität Chinas und die timen Interessen schützen. Im offi- n Communiqué stimmte die chine- e Regierung versöhnlichere Töne nd warb für Gespräche zwischen Ländern, um Frieden und Stabilität er Region zu wahren. Peking rte zudem zu, den freien Schiffsver- im Südchinesischen Meer aufrecht- halten.

Riff als beste Verteidigung

ng war in den vergangenen Wochen its zum Angriff übergegangen und : den Philippinen provokantes Ver- n vorgeworfen. Manila verstosse n internationales Recht und hätte nicht an das Schiedsgericht wenden n. Vielmehr sei der direkte Dialog e beste Weg, um den Konflikt zu be- gen, hiess es aus Peking. Zumindest inem Punkt hat China Rücken- ung von Stefan Talmon, der an der ersität Bonn Völkerrecht lehrt, ern. Der Jurist sagte in einem Inter- mit der Deutschen Welle, «für Fra- zur territorialen Souveränität über n oder Fragen nach der Abgren- von Meereszonen ist das Gericht itiv nicht zuständig». Die fünf- ter in Den Haag haben das anders rtet. ie nervös die Stimmung in Peking vor der Urteilsverkündung jedoch zeigen folgende Vorkommnisse. philippinische Botschaft hatte am enende die in China lebenden Fili- : davor gewarnt, sich öffentlich zum hinesischen Meer zu äussern und diesem Begriff im Internet zu en. Nach der Urteilsverkündung e das Gebiet rund um die Botschaft

(«nine-dash line») die historischen Gebietsansprüche in der Region belegen soll. Danach beansprucht China zwischen 80 und 90 Prozent der Meeresfläche für sich. Wie angesichts solch umfangreicher Forderungen Verhandlungen mit den Philippinen und den anderen Staaten, die ebenfalls Teile der Region ihr eigen nennen, erfolgreich sein sollen, bleibt Pekings Geheimnis.

China ist zwar nicht das einzige Land, das im Südchinesischen Meer Präsenz markiert und etwa Inseln mit Lande-

«Man kann China nicht zwingen, das Urteil zu beachten»

Oliver Diggelmann, Professor für Völker- und Staatsrecht an der Universität Zürich, vergleicht die Situation mit der russischen Annexion der Krim.

Warum urteilt der Ständige Schiedshof und nicht der Seegerichtshof in einem Streitfall bezüglich Seerecht?

Das ist auf den ersten Blick überraschend. Der Seegerichtshof in Hamburg ist eigentlich das vom Seerechtsübereinkommen für solche Fälle geschaffene Spezialgericht. Das Völkerrecht ist aber oft schon zufrieden, wenn die Parteien über schon eine Einigung suchen. Das Übereinkommen eröffnet deshalb weitere Möglichkeiten. Eine davon ist, ein Schiedsgericht einzurichten wie in diesem Fall.

Welche Bedeutung hat der Ständige Schiedshof in Den Haag?

Er ist im Grunde nur eine Liste mit möglichen Schiedsrichtern und ein Verwaltungsbüro. Der Begriff führt etwas in die Irre, man stellt sich Grösseres vor. Geschaffen wurde er 1900, als es noch keine ständigen internationalen Gerichte gab. Er war damals eine echte Innovation. Später wurde er vom Ständigen Internationalen Gerichtshof und nach 1945 vom Internationalen Gerichtshof in den Hintergrund gedrängt.

Neben der militärischen wird auch die wirtschaftliche Bedeutung der Region als Grund für die Ansprüche Pekings betont. Das Südchinesische Meer ist eine wichtige Drehscheibe für die internationale Container-Schifffahrt. Bis zu 60 000 Schiffe mit Handelswaren im Wert von mehr als 5000 Milliarden Dollar durchfahren jährlich das Gebiet. Die Routen haben darüber hinaus für die Lieferung von Rohöl und Flüssiggas an die aufstrebenden und auf Rohstoffimporte angewiesenen ostasiatischen

China anerkennt den Schiedshof nicht und hat auch keine Richter bestellt. Weshalb kann der Schiedshof sich des Falls dennoch annehmen?

China hat sich dem Schiedshof durch den Beitritt zum Seerechtsübereinkommen unterworfen. Wenn es sich nun weigert, Richter zu ernennen, ändert das an der Zuständigkeit nichts. Das Übereinkommen erlaubt die Durchführung des Verfahrens in solchen Fällen sogar explizit. Man hat solche Situationen vorhergesehen und das Gericht verpflichtet, die Sicht des nicht teilnehmenden Staates zu berücksichtigen. Das ist hier geschehen.

Welche Möglichkeiten haben die Philippinen, das Urteil durchzusetzen?

Der Uno-Sicherheitsrat ist keine Option, da China ein Veto-Recht hat. Der «normale» Weg zur Durchsetzung verletzter Rechte ist im Völkerrecht, kompensatorisch eine eigene Verpflichtung zu suspendieren. Man spricht von Gegenmassnahmen oder Repressalien. Das ist aber ein heikles Mittel, besonders gegenüber mächtigen Staaten wie China.

Kann China vom Seerechtsübereinkommen zurücktreten?

Ja. Wie jede Vertragspartei kann Peking es auf ein Jahr hinaus kündigen. An der Rechtslage würde sich dadurch jedoch

Fish in the South China Sea». Allerdings leidet das Südchinesische Meer unter Überfischung. Entsprechend fahren die Fischer immer weiter aufs Meer hinaus und dringen dabei auch in fremde Gewässer ein. Die Konflikte zwischen den Fischern und der Küstenwache von unterschiedlichen Anrainerstaaten haben sich in den vergangenen Jahren deshalb deutlich erhöht.

Weniger Klarheit herrscht über den Umfang der vermuteten Öl- und Erdgasvorkommen in der Region. Die

wenig ändern, da die relevanten Regeln im Wesentlichen Gewohnheitsrecht darstellen. Nur die Unterwerfung unter die Streitbeilegungsmechanismen fiele weg.

Und wie steht es mit einem Ausschluss vom Übereinkommen?

Ja, China verletzt eine wesentliche Vertragspflicht. Aber das ist keine echte Option. Niemand hätte daran ein Interesse. Das Seerechtsübereinkommen trägt zur Stabilisierung des internationalen Verkehrs bei, trotz diesem Streit.

Kann China das Seerechtsübereinkommen also ungestraft verletzen?

Man kann China tatsächlich nicht zwingen, das Urteil zu beachten. Die Situation ist in gewisser Weise mit der russischen Annexion der Krim vergleichbar. Sie ist unbefriedigend.

Stellt das nicht den Stellenwert des Völkerrechts generell infrage?

Nein, so kann man das nicht sagen. Die Situation hat mit der Struktur des Völkerrechts zu tun, seinem dezentralen Charakter. Es kann gegen die mächtigsten Staaten nur beschränkt durchgesetzt werden. Es ist jedoch nicht nur Recht, was genau so funktioniert wie das Recht des modernen Verfassungsstaates.

Interview: Nina Belz, Meret Baumann

Jenseits der wirtschaftlichen Interessen will Peking im Südchinesischen Meer auch seine machtpolitischen Ambitionen kundtun. Die Präsenz der Amerikaner in der Region – jüngst manifestiert durch das Vorhaben Südkoreas und der Vereinigten Staaten, im Süden der koreanischen Halbinsel das Raketenabwehrsystem Thaad (Terminal High Altitude Area Defense) zu installieren – ist Chinas Machthabern ein Dorn im Auge. Das Reich der Mitte ist nicht länger bereit, die seit Jahrzehnten vom Westen diktierte weltwirtschaftliche und weltpolitische Ordnung zu akzeptieren. Das Südchinesische Meer ist ein idealer Ort, um diesen Bewusstseinswandel eines erstarken und vor Selbstvertrauen strotzenden Landes der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren.

China handelt illegal

Kommentar auf Seite 11

Die Frage bleibt, wie Peking auf den Schiedsspruch aus Den Haag reagieren wird. Denkbar wäre die Errichtung einer Luftraumüberwachungszone wie im Ostchinesischen Meer, um den Flugverkehr zu kontrollieren. Die Vereinigten Staaten haben im Vorfeld bereits angekündigt, entsprechende Vorgaben ignorieren zu wollen. Eine bewusste Provokation wäre der Versuch Pekings, ein in der ausschliesslichen Wirtschaftszone der Philippinen liegendes Atoll (die Second-Thomas-Untiefe) der Spratly-Inselgruppe unter Kontrolle zu bringen. Besonders delikat wäre der Ausbau des von mehreren Ländern beanspruchten Scarborough-Riffs zu einer Insel. Das Riff befindet sich nur 200 Kilometer von einer amerikanischen Militärbasis auf den Philippinen entfernt. Washington und Manila haben erklärt, dass Peking mit einem solchen Schritt eine rote Linie überschreiten würde.